

PDS-FILZ

## Getrübt Gedächtnis

Mecklenburg-Vorpommerns Arbeitsminister Helmut Holter (PDS) hat offenbar falsche Angaben zur Stasi-Verstrickung seines Referatsleiters und Parteigenossen Ronald Klinger gemacht (SPIEGEL 36 und 37/2001). Bislang hatte der PDS-Politiker stets betont, er habe – obwohl eine entsprechende Mitteilung der Berliner Birthler-Behörde schon seit Anfang April im Ministerium vorlag – erst Mitte August von Klingers Vorleben als Inoffizieller Stasi-Mitarbeiter „Tilo Kant“ erfahren. Nach SPIEGEL-Informationen war Holter schon gut drei Monate zuvor über den Stand der Dinge informiert. In einer Unterredung, die am 4. Mai um 13.30 Uhr begann, soll das Ergebnis der Stasi-Überprüfung sogar zwischen Klinger, Holter und dem damaligen Staatssekretär Joachim Wegrad (PDS) besprochen worden sein. Holter habe angekündigt, er wolle sich vor einer Entscheidung mit Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) beraten. Am 15. Juli, so ein hoher Beamter des Holter-Ministeriums, habe dann ein Treffen zwischen Wegrad und dem Leiter der Staatskanzlei, Frank Tidick, stattgefunden. In dem Ge-



Romanowski



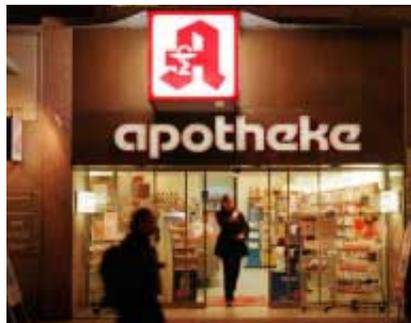
Holter (l., mit PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch)

sprach soll Tidick erklärt haben, im Fall Klinger liege die Personalhoheit im Arbeitsministerium, folglich müsse auch dort über dessen berufliche Zukunft entschieden werden. Die Staatskanzlei erklärte auf Anfrage, Tidick sei zurzeit im Urlaub und könne deshalb keine Stellung nehmen. Holter-Sprecher Helfried Liebsch sagte, es habe am 4. Mai „kein Gespräch mit Klinger gegeben, an dem der Minister teilgenommen hat“. Zu allem Überfluss droht dem angeschlagenen Holter nun auch noch eine weitere Ehefrauen-Affäre. Sein neuer Staatssekretär, Klaus Sühl, der als parteiunabhängiger Arbeitsmarktexperte vorgestellt worden war, ist nämlich mit der Holter-Vertrauten Bärbel Romanowski verheiratet. Die mehr zurzeit das Familieneinkommen als PR- und Politikberaterin – für die PDS.

GESUNDHEIT

## Abgespecktes Sparpaket

Das von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) geplante Sparpaket entlastet die gesetzlichen Krankenkassen weit weniger als erwartet. Schmidt war bislang von drei Milliarden Mark Sparvolumen ausgegangen; Spitzenbeamte ihres Ministeriums rechnen nun jedoch mit einem „deutlich niedrigeren Betrag“. Laut Gesetzentwurf, den SPD und Grüne in dieser Woche einbringen wollen, sollen umsatzstarke Apotheken künftig doch keinen höheren Anteil ihrer beim Pharmagroßhandel erzielten Rabatte an die Kassen abgeben als kleinere Apotheken. Ministerin Schmidt hatte bislang angekündigt, Apotheken sollten „ihrer Leistungsfähigkeit ent-



Apotheke (in Berlin)

sprechend höher belastet werden“. Korrigieren muss Schmidt auch ihr Vorhaben, die Pharmaindustrie zu Preisabschlägen von fünf Prozent zu zwingen. Dem Entwurf zufolge sollen die Medikamentenhersteller ihre Preise nur um vier Prozent senken für maximal zwei

Jahre. Wirtschaftsminister Werner Müller drängt zudem darauf, den Sparbeitrag der Industrie sogar noch weiter zu drücken. Gerettet hat Schmidt ihren Plan, Ärzte künftig verstärkt statt teurer Originalmedikamente preiswerte Nachahmerpräparate verordnen zu lassen. Spitzenbeamte warnten die Ministerin jedoch davor, „unrealistische Erwartungen“ zu haben. Anders als Schmidt erwarten sie nicht, dass sich die Verschreibepaxis kurzfristig ändern wird.

Schmidt, Müller

